

Anträge an die Mitgliederversammlung (MV) der GEW Köln vom 6.11.2024 in beschlossener Form

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband
Köln



Antrag A1 „Gaza“

Der GEW Stadtverband Köln beteiligt sich an einer öffentlichen Kundgebung für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza, Libanon und Israel, für ein Ende der Besatzung der Westbank und für den Stopp von deutschen Waffenlieferungen. Dies geschieht mit Unterstützung des Arbeitskreises Frieden & Internationales auf der Grundlage der Beschlusslage des StV Köln zu diesem Thema und in finaler Rückkopplung mit dem Geschäftsführenden Vorstand.

Antrag A2 „Nigeria“

Die Mitgliederversammlung der GEW Köln beschließt,

- dass der Kölner StV Protestschreiben an die nigerianischen Behörden schreibt, um internationalen Druck im Sinne der Angeklagten auszuüben und somit unsere Solidarität zu zeigen.
- dass wir über unsere Kanäle (social media, Email, Homepage) zur Teilnahme an der Protestaktion in Köln am Tag des Prozessbeginns aufrufen: Soli-Aktion Nigeria: 8.11.2024 um 16 Uhr auf dem Wallrafplatz in Köln

Antrag A3 „Industry for future“

Die Mitgliederversammlung der GEW Köln beschließt, als Mitveranstalterin der Veranstaltung „industry for future“ am 2.12.24 (19:00 Uhr im Naturfreundehaus Kalk) zu fungieren und für diese mit zu mobilisieren, gerade auch bei unseren Schwestergewerkschaften. Thema: „Was tun gegen Massenentlassungen bei FORD und für die nachhaltige Transformation der Autoindustrie?“ (Arbeitstitel).

Antrag A4 „Rojava“

Die Mitglieder des Stadtverbands Köln der GEW fordern die Landes- und Bundesgremien der GEW auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Angriffe des türkischen Militärs auf die kurdischen Gebiete, vor allem Nord- und Ostsyrien sowie Irakisch Kurdistan ein für allemal aufhören sollen. Bei diesen Übergriffen kommen zivile Personen ums Leben, darunter auch Kinder, weiterhin werden lebenswichtige Infrastrukturen zerstört!

Antrag A5 „Kritisches Denken“

Der Stadtverband positioniert sich folgendermaßen und der Vorstand wird beauftragt, in diesem Sinne öffentlichkeitswirksam einzugreifen:

Die GEW Köln spricht sich entschieden gegen den Resolutionsentwurf „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ ^[1] von Ampel und Unionsparteien aus. Sie weist darüber hinaus das Prinzip der Staatsräson als vordemokratisch ^[2] zurück. Sie spricht sich gegen eine weitere Verschärfung von „Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht“ aus und dagegen „repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen“. Weiterhin tritt sie für die Abschaffung statt für die Verschärfung des Ordnungsrechtes an Hochschulen und gegen eine Gesinnungsprüfung bei Kultur- und Wissenschaftsfinanzierung ein.

Dem Ziel, „jüdisches Leben in Deutschland zu schützen, bewahren und stärken“ schließen wir uns an und sehen dies auch als Aufgabe von Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften an.

Der Resolutionsentwurf sieht jedoch vor allem eine Gesinnungsprüfung für Wissenschaft und Kultur auf Basis der umstrittenen und politisch-instrumentalisierten IHRA-Arbeitsdefinition ^[3] vor. Diese ist ungeeignet, zwischen Antisemitismus und nicht-antisemitischer Israelkritik zu trennen. Aus der Verabschiedung einer solchen Resolution ergibt sich die Gefahr weiterer Kriminalisierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung insbesondere arabischer oder muslimischer Mitmenschen in Deutschland sowie allgemein die Unterdrückung von Kritik jenseits der sogenannten Staatsräson. Dies erachten wir wie zahlreiche andere Kritiker*innen ^[4] als sehr besorgniserregend. Gemeinsam mit der Verschärfung des Ordnungsrechts an Hochschulen, wie es jüngst in Berlin und Bayern geschehen ist und derzeit in NRW geplant ist, ist zu befürchten, dass zukünftig kritischen Äußerungen mit einem temporären Ausschluss aus dem Lehr- bzw. Schulbetrieb oder der Exmatrikulation bzw. der Kündigung begegnet wird. Betroffen ist dabei insbesondere Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza, deren genozidalen Charakter der IGH für „plausibel“ erklärt hat, oder der Besatzung des Westjordanlands. Sie steht damit in offenem Widerspruch zu internationalem Recht und schränkt die Grundrechte auf Meinungs-, Wissenschafts- und Kulturfreiheit massiv ein.

Wir wenden uns gegen eine rassistische Umdeutung der Ursachen von Antisemitismus, die „Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens“ fokussiert und nicht neurechte und neonazistische Entwicklungen inklusive ihrer historischen Wurzeln.

Wie der Resolutionsentwurf richtigerweise feststellt, hat der Antisemitismus in Deutschland seit der Zuspitzung des Nahostkonfliktes zugenommen. Um diesem Problem angemessen zu begegnen, braucht es anstelle von Zensur und Konformismus Engagement für einen sofortigen Waffenstillstand. Außerdem sind die Ausweitung humanitärer Hilfe in der Kriegsregion, das Ende von Waffenlieferungen, die Anerkennung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung, unbedingtes diplomatisches Engagement zur Befreiung aller Geiseln und politischen Gefangenen, die Förderung interessenausgleichender, völker- und menschenrechtsstärkender Friedensverhandlungen nötig. Die Bildungsstrukturen in Gaza, die Opfer gezielter und flächendeckender Zerstörung sind (Scholastizid, OHCHR), müssen wieder aufgebaut werden.

Der Schutz und die Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland und insbesondere an den Bildungseinrichtungen sind zu erhöhen: Der Bildungsbetrieb und die Kulturlandschaft müssen weiter inkludierend gestaltet sein. Eine menschen- und völkerrechtsbasierte Kritik sowie Anstrengungen für den Schutz und die Hilfe für von Diskriminierung Betroffener und die Beseitigung der Ursachen von Diskriminierung müssen gefördert werden. Den Bildungseinrichtungen sind dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen. Das Engagement gegen Antisemitismus darf allerdings nicht geopolitisch oder rassistisch vereinnahmt werden. Insofern fordern wir die Distanz zur IHRA-Arbeitsdefinition und die Bestimmung von Antisemitismus nach Maßgabe der Jerusalem Declaration on Antisemitism.

Es braucht keine einschüchternde und diskriminierende staatliche Gesinnungsprüfung bei Anstellungs- und Berufungsverfahren oder bei der (staatlichen) Mittelvergabe, sondern die Stärkung der Demokratie in den Bildungseinrichtungen. Menschenverachtende Positionen überstehen kein ernsthaftes und ambitioniertes Berufungs- bzw. Einstellungsverfahren. Ein neuer McCarthyismus eignet sich weder, um den Antisemitismus und seine Ursachen zu bekämpfen, noch um einen gerechten und nachhaltigen Frieden in Nahost zu erwirken.

Anmerkungen & Quellen:

^[1] Resolutionsentwurf: ogy.de/af6o

^[2] „Das Prinzip der Staatsräson (...) hatte in früheren Jahrhunderten, als noch Könige und Fürsten über die Staaten herrschten, große Bedeutung. Es besagte, dass die Interessen des Staates über alle anderen Interessen gestellt wurden. Wenn die Staatsmacht der Ansicht war, dass es dem

Interesse des Staates dienen würde, konnten Gesetze aufgehoben und sogar die Rechte der einzelnen Menschen missachtet werden. Der Staat stand über allem. (...) In demokratischen Staaten spielt die Staatsräson, wie sie hier beschrieben ist, keine Rolle mehr.“

Quelle: bpb.de: ogy.de/ugn3

^[3] Die nicht rechtsverbindliche IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance)-Arbeitsdefinition kann sich hier angesehen werden:

holocaustremembrance.com: ogy.de/0l4q

Und hier die Jerusalem Declaration on Antisemitism:

jerusalemdeclaration.org: <https://ogy.de/qt5w>

^[4] Zur Kritik am Entwurf von Ampel und CDU vergleiche beispielsweise

- Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein e.V.: ogy.de/j4az
- Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen: ogy.de/lc0m
- medico.de: ogy.de/jkns
- amnesty.de: ogy.de/ut69
- taz.de: ogy.de/35fi
- jungewelt.de: ogy.de/ekm7

Antrag 6 „BAföG“: Sozialstaat nicht mit Füßen treten, für humane und solidarische Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit - BAföG für Alle!

Die GEW Köln unterstützt die Forderung eines BAföG für Alle ^[1] (mind. 1200€ monatlich ^[2], inflationsangepasst, rückzahlungsfrei, alters-, eltern- und herkunftsunabhängig), setzt sich öffentlichkeitswirksam dafür ein und unterstützt den geplanten BAföG Aktionstag am "International Students Day" (18.11.2024) sowie weitere Aktionen in der Zukunft.

Quellen:

^[1] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/d6-kein-refoermchen-sondern-eine-reform-der-ausbildungsfoerderung>

^[2] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gewerkschaftstag-will-1200-euro-bafoeg>